

Erst konferieren, dann reformieren

Sind Sie gerade auf dem Weg in den Urlaub oder auf der Rückreise? Im zweiten Coronajahr sind viele mit dem Auto unterwegs und merken wieder einmal schmerzlich: Der Sommer ist die Zeit der Baustellen. Das gilt auch politisch – 2021 haben wir in Deutschland gleich zwei davon. Beide sind groß und werden uns noch eine Weile beschäftigen. Gemeint sind die Bundestagswahl im September und die Konferenz zur Zukunft Europas, die seit 9. Mai läuft.

Beide hängen eng zusammen, obwohl die Konferenz offenbar in den Wahlprogrammen der Parteien keine herausragende Rolle spielt (mehr dazu auf Seite 4-5). Die interfraktionelle Parlamentariergruppe der Europa-Union Deutschland im Deutschen Bundestag – immerhin bestehend aus 179 Abgeordneten! – positionierte sich jedoch deutlich und mit einem klaren gemeinsamen Nenner: „Wir bieten mit unseren Parteien unterschiedliche Antworten auf europapolitische Fragen, bekennen uns aber gemeinsam zur Notwendigkeit eines handlungsfähigen Europa. Das bedeutet eine Europäische Union, die ihre Aufgaben auch erledigen kann, die Europas Bürgerinnen und Bürger international auf Augenhöhe vertreten kann, vordringlich in der Außen- und Sicherheitspolitik.“ Im gleichen Statement fordern die Parlamentarier, dass die Konferenz in einen „verbindlichen Reformprozess“ übergehen müsse: „Wir erwarten, dass die Konferenz ... Vorschläge ausarbeitet, wie besonders in diesem für Europas Handlungsfähigkeit zentralen Bereich Fortschritte zu erzielen sind.“

Natürlich sehen auch Europa-Union und UEF die Konferenz als Chance, den europäischen Reformprozess voranzutreiben. Unsere Verbände haben sich frühzeitig positioniert und begleiten die Konferenz seit ihrem Start am 9. Mai sowohl inhaltlich als auch mit verschiedenen Aktivitäten. Zuletzt hat der UEF-Kongress Anfang Juli sich intensiv mit dem Thema befasst

und unter dem Titel „Unser föderales Europa – souverän und demokratisch“ die Vorstellungen und Erwartungen der Europäischen Föderalisten an die Zukunftskonferenz formuliert. (Mehr dazu unter: <https://www.federalists.eu/media/news>)

Damit die Zukunftskonferenz erfolgreich sein kann, müssen Bürgerinnen und Bürger und die organisierte Zivilgesellschaft aktiv mitmachen. „Ihre Ideen und Forderungen sind es, die am Ende des Prozesses ... in den EU-Verträgen verbindlich festgeschrieben werden müssen“, fordert der Vorstand der EUD-Parlamentariergruppe im Europaparlament. Also, mischen wir uns ein! Mit Veranstaltungen, Eingaben auf der europaweiten Online-Plattform der Konferenz (auf Deutsch hier: www.futureu.europa.eu/?locale=de) und Social Media Aktionen unter dem Motto „Zukunft braucht Europa“ werden die Positionen der Europa-Union in das Konferenzgeschehen eingespeist und in die Öffentlichkeit getragen. Auch Sie können sich direkt in die Debatte einbringen. Sei es, indem Sie ganz persönlich Ihre Ideen auf der Online-Plattform der Konferenz veröffentlichen oder mit einer Veranstaltung in Ihrem Kreisverband, die Sie dort einspeisen können.

In allen 24 Amtssprachen können auf der Online-Plattform Vorschläge für ein besseres Europa gemacht werden, verteilt auf die Themenbereiche „Klimawandel und Umwelt“, „Gesundheit“, „Eine starke Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“, „Die EU in der Welt“, „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit“, „Digitaler Wandel“, „Demokratie in Europa“, „Migration“, „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“ sowie auf das Feld „Weitere Ideen“.

Wir freuen uns auf viele spannende Veranstaltungen sowie Initiativen im Zuge der Konferenz! Bitte informieren Sie den Bundesverband über Ihre geplanten Aktivitäten und Veranstaltungstermine.

Die Konferenz muss zu einem Erfolg werden und zu einem politischen Durchbruch für ein besseres Europa beitragen. Zeigen wir, dass uns unsere Zukunft nicht gleichgültig ist! ♦



„Make Europe bloom“: Europa zum Blühen bringen! Das wollen die Europäischen Föderalisten mit einem neuen UEF-Projekt. In Zusammenarbeit mit dem Street-Art-Künstler Antonyo Marest werden Wandbilder zur Zukunft Europas in fünf europäischen Städten entstehen. Auftakt war in Valencia: Anlässlich des Europa-Kongresses der UEF wurde das erste Kunstwerk am 3. Juli den Delegierten präsentiert. Wir alle sind eingeladen, unsere Ideen einzubringen und so gemeinsam am Bild unseres Europas mitzuzeichnen. Foto: EUD

Aus dem Inhalt

Zukunftskonferenz: Wer ist für uns dabei?	2
Bundestagswahl: Parteiprogramme im Focus	4
Langer Atem Projekt zur Zukunft Europas	14
Unter spanischer Sonne: UEF-Kongress in Valencia	16

Liste der Delegierten im Plenum mit deutschem Bezug*

- Rat der EU
- Europaparlament
- Nationale Parlamente
- Europäische Kommission
- Ausschuss der Regionen (AdR)
- Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)
- Nationale Bürgerforen/ nationale Veranstaltungen
- (Organisierte) Zivilgesellschaft
- Sozialpartner
- Europäische Bürgerforen
- Präsidentin des Europäischen Jugendforums
- Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik (nur bei internationalen Fragen der EU)



Innerhalb der Institutions-Kategorie alphabetisch nach Nachnamen sortiert (Ausnahme CoFoE-Exekutiv-ausschuss-Delegierte):

 Claudia Dörr-Voß Beamtete Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	 Michael Roth MdB (SPD) Europastaatsminister im Auswärtigen Amt	 Manfred Weber MdEP (CSU) Mitglied im Exekutiv- ausschuss der CoFoE	 Daniel Freund MdEP (Bündnis90/Die Grünen) Beobachter im Exekutiv- ausschuss der CoFoE	 Helmut Scholz MdEP (Die Linke) Beobachter im Exekutiv- ausschuss der CoFoE	 Christine Anderson MdEP (AfD)
 Dr. Katarina Barley MdEP (SPD)	 Dr. Gunnar Beck MdEP (AfD)	 Nicola Beer MdEP (FDP)	 Hildegard Bentele MdEP (CDU)	 Gaby Bischoff MdEP (SPD)	 Damian Boeselager MdEP (Volt Deutschland)
 Romeo Franz MdEP (Bündnis90/Die Grünen)	 Niklas Nienäb MdEP (Bündnis90/Die Grünen)	 Prof. Dr. Sven Simon MdEP (CDU)	 Viola von Cramon- Taubadel MdEP (Bündnis90/Die Grünen)	 Gunther Krichbaum MdB (CDU) Beobachter im Exekutiv- ausschuss der CoFoE	 Birgit Honé MdL (SPD) Bundesrat/Niedersachsen
 Lucia Puttrich MdL (CDU) Bundesrat/Hessen	 Axel Schäfer MdB (SPD)	 Dr. Ursula von der Leyen (CDU) Präsidentin der EU-Kommission & Ko-Vorsitzende der CoFoE**	 Ilse Aigner MdL (CSU) Bayern (als Vertreterin der dt. Landtage Teil der AdR-Delegation)	 Muhterem Aras MdL (Bündnis90/Die Grünen) Baden-Württemberg	 Dr. Mark Speich (CDU) Nordrhein-Westfalen
 Reiner Hoffmann DGB-Vorsitzender	 Christian Moos EUD-Generalsekretär & Leiter Europa und Intern. Angelegenheiten bei dbb	 Anna Echtermann UEF-Generalsekretärin	 Stephanie Hartung Vorstandsmitglied von Pulse of Europe e.V.		

*Alle Angaben sind ohne Gewähr.

**Lt. Art. 16 der Geschäftsordnung der CoFoE kann sie neben den drei festen delegierten Kommissions-Mitgliedern am Plenum teilnehmen.

Föderalistischer Wind im Plenum

Wer vertritt uns bei der Konferenz?



Am 19. Juni trat das Plenum der Konferenz zur Zukunft Europas zu seiner ersten Sitzung zusammen. Aus dem Kreis des EUD-Präsidiums gehören dem Gremium Vizepräsidentin Gaby Bischoff MdEP und Generalsekretär Christian Moos an. Auch von den weiteren politischen Vertreterinnen und Vertretern aus Deutschland sind deutlich mehr als die Hälfte Mitglieder der Europa-Union Deutschland.

Christian Moos wurde vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) entsandt. Gaby Bischoff ist Teil der Delegation des Europäischen Parlaments. Aus den Reihen unserer EUD-Parlamentariergruppe gehören zum Konferenzplenum auch deren Vorsitzender Niklas Nienaß und die stellvertretende Vorsitzende Hildegard Bentele sowie die Europaabgeordneten Katarina Barley, Nicola Beer, Daniel Freund, Sven Simon, Viola von Cramon-Taubadel und Manfred Weber.

Auch beide Vertreter des Deutschen Bundestags im Konferenzplenum, Gunther Krichbaum, Vorsitzender des EU-Ausschusses, und Axel Schäfer, sind langjährige Mitglieder der Europa-Union. Gleiches gilt für Europastaatsminister Michael Roth, der als einer der beiden deutschen Delegierten des Rates der EU an der Konferenz teilnimmt. Mit der niedersächsischen Europaministerin Birgit Honé gehört zudem eine der zwei Vertreterinnen des Bundsrats der Europa-Union an. Teil der Delegation des Ausschusses der Regionen ist EUD-Mitglied Muhterem Aras, Landtagspräsidentin

in Baden-Württemberg. Von den Delegierten des EWSA ist neben Christian Moos auch Antje Gerstein Europa-Union-Mitglied. Anna Echterhoff, Generalsekretärin unseres Dachverbandes Union Europäischer Föderalisten (UEF), nimmt als eine der Vertreterinnen der europäischen Zivilgesellschaft an der Konferenz teil. Mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zählt die Europa-Union ein weiteres Mitglied in der Zukunftskonferenz.

Im Konferenzplenum wirken auch Europäische Föderalisten aus anderen EU-Staaten mit. An prominentester Stelle ist als einer der drei Co-Vorsitzenden der Konferenz der Belgier Guy Verhofstadt zu nennen. Er gehört wie viele Mitglieder der EUD-Parlamentariergruppe zur transnationalen Spinelli-Gruppe im Europaparlament. 26 Mitglieder dieses Zusammenschlusses föderalistischer Abgeordneter sind im Konferenzplenum vertreten, darunter auch UEF-Präsident Sandro Gozi und UEF-Vizepräsident Domènec Ruiz Devesa.

Zum Start der Zukunftskonferenz am 9. Mai hatten sich sowohl der Vorstand der EUD-Parlamentariergruppe als auch die Spinelli-Gruppe im Europaparlament positioniert. Auch die interfraktionelle Parlamentariergruppe der Europa-Union im Deutschen Bundestag hat in einer Ende Juli veröffentlichten Erklärung zur Bundestagswahl ausdrücklich die Bedeutung der Zukunftskonferenz für ein handlungsfähiges Europa im Dienste seiner Bürgerinnen und Bürger herausgestellt. ■

„Die Zukunftskonferenz muss ein ergebnisoffener, reformorientierter Prozess sein, bei dem Vertragsänderungen keineswegs von vornherein ausgeschlossen werden. Nach unserer Auffassung sollte dieser Prozess in einen Europäischen Konvent ... münden. Wenngleich sich die Europa-Union für den Europäischen Bundesstaat stark macht, muss die Initiative hierfür von der Zukunftskonferenz ausgehen.“

Vorstand der EUD-Parlamentariergruppe im Europaparlament

<https://www.europa-union.de/ueber-uns/meldungen/aktuelles/meinungsbeitrag-des-vorstands-der-eud-parlamentariergruppe-im-europaparlament-zur-konferenz-zur-zukunft-europas>

„Europa muss näher an seine Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb sprechen wir uns ausdrücklich dafür aus, dass die Konferenz zur Zukunft Europas in einen verbindlichen Reformprozess übergehen muss. Dies gilt unbeschadet der Frage, ob eine Reform der EU im Rahmen der bestehenden Verträge erfolgen kann oder ob ein späterer neuer Konvent eine Vertragsreform vorbereiten muss.“

Europa-Union-Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag

<https://www.europa-union.de/ueber-uns/meldungen/aktuelles/ein-handlungsfahiges-europa-im-dienst-der-buergerinnen-und-buerger-gemeinsame-erklaerung-der-eud-parlamentariergruppe-zur-bundestagswahl>

Noch auf der Suche nach Informationen und Materialien rund um die Zukunftskonferenz? Das bietet der EUD-Bundesverband:

- Das Logo „Zukunft braucht Europa“ zur freien Nutzung für Flyer, Plakate, Social-Media-Banner
- Testimonialvorlagen
- Leitfäden zur Nutzung der europaweiten digitalen Plattform der Zukunftskonferenz
- Anleitungen und Praxisbeispiele für Veranstaltungsformate
- Unterstützung bei der Organisation sog. Nachbarschaftsgespräche, d. h. kleiner dezentraler Dialogveranstaltungen

Alle Angebote sind hier abrufbar:

<https://cloud.europa-union.de/index.php/s/4XsfE9pwwyJRaMy>

Weitere Informationen zur Konferenz und den Verbandspositionen unter:

<https://www.europa-union.de/aktivaeten/eu-zukunftskonferenz>

Die Bundesgeschäftsstelle unterstützt Sie gerne. E-Mail: johannes.kohls@europa-union.de

Europa mitgedacht? Bundestags-Wahlprogramme im Fokus

Die Bundestagswahl am 26. September wirft längst ihre Schatten voraus, der Wahlkampf ist in vollem Gange. Für uns als Europa-Union ist klar: Europa muss ein zentrales Thema dieses Wahlkampfes sein. In diesem Sinne lautet auch unser Slogan zur Bundestagswahl „Europa mitgedacht“. Doch wie sehr denken die Parteien Europa mit? Welche Akzente wollen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, alle in unserer interfraktionellen EUD-Parlamentariergruppe vertretenen Parteien, in der Europapolitik setzen?

ZU DEN WAHLPROGRAMMEN VON

☛ Bündnis 90/Die Grünen:

https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm_DIE_GRUENEN_Bundestagswahl_2021.pdf

☛ CDU/CSU:

<https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf>

☛ FDP:

https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf

☛ SPD:

<https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>

Artikel 7 des Vertrags über die Europäische Union: Das Artikel-7-Verfahren ist ein Verfahren, das bei gravierenden Verletzungen der EU-Grundwerte durch einen Mitgliedstaat den EU-Institutionen die Möglichkeit eröffnet, bestimmte Rechte – z. B. Stimmrechte – auszusetzen.

Mehr Informationen unter:

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/eu-affairs/20180222ST098434/bedenken-zur-rechtsstaatlichkeit-in-mitgliedstaaten-was-die-eu-unternehmen-kann>

Wiederaufbaufonds „NextGenerationEU“: Dieser Fonds ist ein zeitlich befristetes Aufbauinstrument und umfasst 806,9 Mrd. Euro. Gemeinsam mit dem mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 (1,2109 Bio. Euro), dem EU-Haushalt, soll er Europa klimafreundlicher und krisenfester machen.

Mehr Informationen unter:

https://ec.europa.eu/info/strategy/recovery-plan-europe_de



Stärkung der europäischen Demokratie mitgedacht?

Die Aufwertung des Europäischen Parlaments bzw. die Einführung eines echten Initiativrechts wird von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen unterstützt. Lediglich die FDP und Bündnis 90/Die Grünen fordern aber ein konstruktives Misstrauensvotum für das Europäische Parlament gegenüber der EU-Kommission. Die FDP spricht sich zusätzlich im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik für ein Ende des Einstimmigkeitsprinzips im Rat der EU aus. CDU/CSU teilen diese Forderung und deuten an, auch in weiteren Politikfeldern ein Ende des Einstimmigkeitsprinzips zu befürworten. Die SPD wird hier konkreter und fordert Mehrheitsentscheidungen nicht nur in der Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch in Steuerfragen. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich hingegen konkret für Mehrheitsentscheidungen „für alle verbleibenden Politikbereiche ein, in denen heute noch im Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird“. Lediglich die FDP und Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich klar für transnationale Listen aus. Die SPD sowie CDU/CSU formulieren allgemeiner, dass sie sich für ein gemeinsames europäisches Wahlrecht zur Europawahl einsetzen werden. CDU und CSU wenden sich zusätzlich gegen eine „Zersplitterung des Parlaments durch Kleinstparteien“ und befürworten damit implizit eine Sperrklausel, wie sie auf Bundesebene mit der Fünf-Prozent-Hürde existiert. Die Konferenz zur Zukunft Europas nimmt in den Wahlprogrammen aller Parteien hingegen nur wenig Raum ein. Eine Umsetzung der Ergebnisse fordern alle Parteien. Ebenso werden Vertragsänderungen von keiner Partei ausgeschlossen. Die FDP ist jedoch die einzige Partei, die sich in ihrem Wahlprogramm explizit für die Einberufung eines Verfassungskonvents nach Abschluss der Zukunftskonferenz ausspricht.

Rechtsstaatskonditionalität mitgedacht?

In allen vier Wahlprogrammen betonen die Parteien die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit in der EU. CDU und CSU möchten sich künftig u. a. dafür einsetzen, Verstöße gegen rechtsstaatliche Prinzipien „bis hin zur Streichung von EU-Mitteln und dem Entzug des Stimmrechts“ zu ahnden. Die SPD betont, sich für eine Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten einzusetzen. Die FDP fordert konkret eine Nachbesserung der Rechtsstaatskonditionalität bei der Vergabe von EU-Strukturfonds, während Bündnis 90/Die Grünen u. a. Fortschritte beim Artikel-7-Verfahren zur Rechtsstaatlichkeit einfordern.

Weiterentwicklung des EU-Haushalts mitgedacht?

In Fragen des EU-Haushalts werden zwei Fronten zwischen CDU/CSU und FDP einerseits sowie SPD und Bündnis 90/Die Grünen andererseits deutlich. CDU/CSU und FDP sprechen sich dafür aus, dass die pandemiebedingte gemeinsame Schuldenaufnahme in der EU (Wiederaufbaufonds „NextGenerationEU“) befristet und einmalig bleiben soll. SPD und Bündnis 90/Die Grünen betonen stattdessen, dass die in der Pandemie angelaufene gemeinsame Investitionspolitik Europas fortgeführt werden müsse bzw. dass der Wiederaufbaufonds „NextGenerationEU“ verstetigt werden müsse. Ebenso sind es SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die offensiv die Stärkung des EU-Haushalts durch die Schaffung europäischer Eigenmittel fordern. Demgegenüber positioniert sich die FDP als klarer Gegner zusätzlicher EU-Eigenmittel. CDU/CSU äußern sich in ihrem Wahlprogramm nicht explizit zur Einführung neuer Eigenmittel bzw. Steuern. Allerdings befürworten sie eine europäische Finanztransaktionssteuer.

Reform der Asyl- und Migrationspolitik mitgedacht?

CDU und CSU sprechen sich in ihrem Wahlprogramm für eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) aus, die u. a. für eine Harmonisierung der Aufnahme Standards in Europa sorgen soll. Außerdem müsse die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX zu einer Grenzpolizei und Küstenwache ausgebaut werden sowie europäisch verwaltete Entscheidungszentren an den EU-Außengrenzen installiert werden. Mit der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und mit Abstrichen auch der FDP setzen die übrigen drei Parteien in diesem Themenfeld andere Schwerpunkte. Die FDP betont ähnlich wie die CDU die Notwendigkeit eines starken Schutzes der Außengrenzen, nimmt jedoch auch die Seenotrettung in den Blick. Für diese Aufgabe sieht sie FRONTEX in der Pflicht. Die SPD hingegen will sich für eine weitergehende Europäisierung des GEAS, die Schaffung legaler Migrationswege und eine durch die EU gewährleistete Seenotrettung stark machen. Ob dies durch FRONTEX erfolgen soll, wird jedoch nicht präzisiert. Ähnlich wie die SPD will Bündnis 90/Die Grünen die Schaffung legaler Asyl- und Migrationswege forcieren und eine europäisch koordinierte und finanzierte Seenotrettung etablieren. Darüber hinaus solle FRONTEX künftig einer parlamentarischen Kontrolle unterliegen, um Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen aufzuklären.

EU-Beitritt der Länder des Westbalkans mitgedacht?

Während die FDP die Beziehungen zu den Staaten des Westbalkans ausspart, wollen sich CDU/CSU für eine engere Bindung des Westbalkans an die EU einsetzen. Allerdings dürfe dadurch der innere Zusammenhalt der EU-27 nicht gefährdet werden. Eine klare Beitrittsperspektive formulieren CDU/CSU damit ebenso wenig wie die SPD, die in aller Kürze ankündigt, eine „Integration“ der Westbalkanländer anzustreben. Deutlich konkreter werden hier Bündnis 90/Die Grünen, die sich für eine Eröffnung der ersten Beitrittskapitel für Albanien und Nordmazedonien aussprechen.

„Europäische Themen spielen im Bundestagswahlkampf eine wichtige Rolle, denn Europa hat unser politisches Leben mittlerweile tief durchdrungen. Wohin Europa gehen soll, ist deshalb eine der Zukunftsentscheidungen, die auch durch die Wahl getroffen werden.“

Die interfraktionelle EUD-Parlamentiergruppe im Deutschen Bundestag in einer gemeinsamen Erklärung zur Bundestagswahl

Fazit und Appell

Insgesamt fällt auf, dass sämtliche hier genannten Parteien eine Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments – in unterschiedlichen Abstufungen – unterstützen und eine Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Rat befürworten. Unterschiede zwischen den Parteien werden eher in den Bereichen des EU-Haushalts- oder der Asyl- und Migrationspolitik deutlich. Der Konferenz zur Zukunft Europas hingegen droht im Wahlkampf ein Schattendasein.

Sie vermissen darüber hinaus in den Wahlprogrammen andere europapolitische Themen? Dann schicken Sie doch die zur Verfügung stehenden Wahlprüfsteine des Bundesverbandes an Ihre Bundestagskandidierenden vor Ort! Vor allem gilt jedoch: Gehen Sie am 26. September zur Wahl und stärken Sie Europa!

Johannes Kohls
EUD-Projektmanager

MATERIALIEN FÜR SIE

Das bietet der Bundesverband zur Bundestagswahl:

- Ein Logo zur freien Nutzung für Flyer, Plakate oder Social-Media-Banner
- Wahlprüfsteine, die Sie an Ihre lokalen Bundestagskandidierenden senden oder als Input für Diskussionsrunden nutzen können.
- Musterpresseerklärungen

Das Logo, die Wahlprüfsteine und viele weitere Hinweise finden Sie hier:

<https://cloud.europa-union.de/index.php/s/x7wSb7H564swA3Z>

Melden Sie sich bei Rückfragen gerne via E-Mail bei johannes.kohls@europa-union.de

Parlamentarisches Europaforum

Europa von Morgen – nur welches?

Mit Blick auf die Bundestagswahl luden die JEF Deutschland und die Parlamentariergruppe der Europa-Union am 22. Juni zum Parlamentarisches Europaforum. Vier Bundestagsabgeordnete aus dem Europaausschuss, allesamt auch Mitglieder der Europa-Union, wurden von Moderatorin Juli Lühning (JEF) und dem Publikum über ihre Vorstellungen bzw. die Forderungen ihrer Parteien zur Zukunft Europas befragt. Eine kurze Zusammenfassung:

Philipp Amthor (CDU) hofft auf eine gestärkte krisenfeste EU, die mehr als bisher auf den Zusammenhalt setzt. Etwa in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), beim Green Deal, der Stärkung des Binnenmarktes und der Einhaltung des Rechtsstaatsprinzips. Insbesondere im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik sollte die Passerelle (auch „Brückenklausel“ – Übergang zur Mehrheitsentscheidung) genutzt werden. Allerdings könne das nicht zwingend immer zu einer einheitlichen Akzeptanz führen. Die nationalen Parlamente seien stärker einzubinden. Ob es bei der Zukunftskonferenz zu einer Anpassung der EU-Verträge kommen solle, ließ er offen.

Franziska Brantner (Bündnis 90/Die Grünen) fordert, die EU müsse sich zukunfts-

cherer aufstellen, vor allem im Bereich Green Deal, neue Technologien und Infrastruktur. Stärkere Kontrolle des Rechtsstaatsprinzips, eine humane und geordnete Asyl- und Flüchtlingspolitik und eine resilientere Gesundheitspolitik seien zentrale Punkte. Für den Ausbau der Infrastruktur könnte eine Angleichung der Mehrwertsteuern genutzt werden. Der Euro, stärker als globale Leitwährung auszubauen, zwingt zu gemeinsamer Fiskal- und Wirtschaftspolitik und weniger Steuerwettbewerb. Finanzierungen könnten, müssten aber nicht über Anleihen erfolgen. Ziel sei eine „Föderale Europäische Republik EU“. Die Ergebnisse der Zukunftskonferenz sollten bis hin zu Vertragsänderungen umgesetzt werden.

Metin Hakverdi (SPD): Die Wirtschafts- und Währungsunion bedürfe einer weiteren Vertiefung. Der Eigenmittelbeschluss sei als „Riesenerfolg“ zu bewerten. Die Rechtsstaatsverfahren müssen konsequent durchgeführt werden und die EU im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik stärkere Handlungsfähigkeit erlangen und sich dabei als verlässlicher Partner für Frieden in der Welt erweisen. Es müsse im Übrigen stärker erkannt werden, dass die EU-Erweiterung um die Balkanstaaten im jeweiligen nationalen Interesse liege. Die Zukunftskonferenz



Foto: Deutscher Bundestag / Simone M. Neumann

habe zwar enorme Bedeutung, man dürfe aber die Erwartungen nicht zu hoch hängen, um nicht Enttäuschungen zu provozieren.

Michael Link (FDP) sprach sich für den „Brückenklausel-Mechanismus“ in der GASP aus. Die Zukunftskonferenz müsse verlängert und ein Konsens für die Einberufung eines Verfassungskonvents erreicht werden. Der Lissabonvertrag sei dringend überarbeitungsbedürftig. Ziel sei die Entwicklung der EU hin zu einem Bundesstaat, der dezentral und auf Basis des Subsidiaritätsprinzips agiere. Eindeutig sprach er sich gegen eine europäische Schuldenaufnahme aus; das Aufbauinstrument „Next Generation EU“ müsse befristet und einmalig bleiben. Er befürwortet einen fairen Steuerwettbewerb, wobei Akteure wie die großen Internetriesen einheitlich zu besteuern seien.

Wolfgang Balint

Thüringen

Fokus Bundestagswahl

Die Bundestagswahl ist auch eine Europawahl – schließlich bestimmt sie den Kurs Deutschlands in der EU und beeinflusst auch Mehrheitsverhältnisse in den beiden Räten. Deshalb planen wir weiter fleißig an unserer Wahlarena zur Bundestagswahl, zu der wir die lokalen Kandidierenden der großen demokratischen Parteien einladen werden. Was sind ihre europapolitischen Vorstellungen? Wie kann Deutschland die EU weiterentwickeln? Diese und weitere Fragen werden wir Anfang September diskutieren und somit eine Entscheidungshilfe für die Wahlberechtigten bieten. Bereits vorher schicken

wir den Kandidierenden Wahlprüfsteine als Grundlage für die Diskussion.

Green Deal konkret

Der Europäische Green Deal ist eines der zentralen Themen der aktuellen Europapolitik und spielt auch eine wichtige Rolle in der Konferenz zur Zukunft Europas. Im Zuge einer Lunch-Break-Session am 4. Mai war unser Ziel, dieses abstrakte Gebilde konkret zu machen: Welche Strategie hat die Europäische Union zum Beispiel in Bezug auf die Kreislaufwirtschaft? Das diskutierten wir online mit der Europaparlamentarierin Marion Walsmann, dem Deutschland-Koordinator des World-Cleanup-Day, Holger Holland, und dem stellvertretenden Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und

Gemeindebundes, Uwe Zimmermann. Es gelang, den lokalen Bezug der europäischen Pläne herauszustellen und deutlich zu machen: Klimaschutz fängt in den Kommunen an. Eine weitere Erkenntnis: Klimaschutz und Wohlstand sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander langfristig.

EUT im Radio

In der Europawoche waren wir mit einem Beitrag im lokalen Erfurter Radio F.R.E.I. präsent. Die Landesvorsitzende Claudia Conen schilderte darin die Wichtigkeit des europäischen Gedankens und wie wir als Europa-Union uns dafür einsetzen. Eine gute Gelegenheit, das Thema Europa vor Ort zu stärken.

Verantwortlich: Mathias Staudenmaier

Berlin

Geschafft!

Immer noch im Freudentaumel schauen wir auf den Erfolg der Europawoche zurück. Am 06. Mai wurde die Berliner Landesverfassung geändert. Nun ist – ganz getreu unserem Kampagnenmotto der letzten Monate – „Europa in bester Verfassung“: Das Land Berlin bekennt sich jetzt in Artikel 1 zu einem geeinten Europa, das demokratischen, rechtsstaatlichen und sozialen Grundsätzen verpflichtet ist.

Am 20. April wurde unser Kampagnenteam zur Anhörung in den Europaausschuss des Abgeordnetenhauses geladen, nach den Beratungen im Rechtsausschuss konnte über die von der Europa-Union Berlin und der JEF-Berlin Brandenburg angeregte Verfassungsänderung zeitlich passend in der Europawoche abgestimmt werden. Sie wurde mit übergroßer Mehrheit von den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses Berlin beschlossen. In der aktuellen Stunde hierzu wurde das maßgebliche Engagement unserer beiden Verbände parteiübergreifend betont. Zehn Monate lang hatten wir gemeinsam für die Verfassungsänderung gekämpft. Dieser Erfolg beweist damit auch den Wert hartnäckigen zivilgesellschaftlichen Engagements, europäischer Kooperation und ehrenamtlicher politischer Bildungsarbeit.

Doch darauf ruhen wir uns nicht aus. Denn besonders gefreut hat uns, dass so



Am 6. Mai stimmte das Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit für die Verfassungsänderung.



Berlin ist wie keine andere Stadt eng mit der europäischen Einigung verbunden. Das Projekt „Blaues Band“ und die Kiezspaziergänge machen das deutlich. Grafiken: EUD Berlin

viele Abgeordnete explizit Bezug auf unsere Arbeit genommen und versprochen haben, dass die Verfassungsänderung nicht Ende einer Kampagne, sondern Anfang einer stärkeren Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft sein soll. Nicht nur in Zeiten von Wahlen, wie sie uns im September bevorstehen, ist das ein wichtiges Zeichen.

Politische Forderungen

Passend zu den Wahlen des Abgeordnetenhauses, aber auch für die zukünftige Arbeit, hat der Landesvorstand erstmals politische Forderungen beschlossen. Diese sind die Richtschnur für all unsere künftigen Veranstaltungen und Aktivitäten. Fünf Bereiche wollen wir bearbeiten:

Europa in bester Verfassung: Nachdem die Verfassungsänderung vollzogen wurde, wollen wir die Zukunft Europas weiterdenken. Vor allem soll es darum gehen, wie wir in Berlin konkret die Zukunft Europas gestalten können. Dazu haben wir uns einem breiten Bündnis von Organisationen angeschlossen, die die Berliner Initiative zur Zukunftskonferenz bildet.

Formale Bildung: Wir wollen den Ausbau des einzigartigen Konzepts der Staatlichen Europa Schulen Berlin (SESb) und deren bessere Vernetzung voranbringen.

Non-formale Bildung: Wir wollen den Europäischen Wettbewerb fördern, Bildungsangebote der Berliner Volkshochschulen europäisieren und das „Europa in Berlin“-Bildungsangebot noch stärker nutzbar machen.



Europakompetenz: Wir wollen die Europakompetenz der Berliner Verwaltung und in den Kiezen vor Ort fördern und stärken.

Europakommunikation: Wir wollen den Europatag zum Berliner Feiertag machen und bürgernahe Kommunikation zu Europa entwickeln und ermöglichen.

Europa in Berlin entdecken

Die Europawoche 2021 war so ereignisreich wie schon lange nicht mehr! Wir haben sie zum Anlass genommen, nicht nur eine neue Edition des europäischen Kiezspaziergangs zu entwerfen, sondern auch ein „Blaues Band“ als Streifzug der Geschichte der EU durch Berlin zu ziehen. Die neue Edition des Kiezspaziergangs führt durch den Bezirk Pankow. Mit einem Routenplan, Fotos, Texten sowie Audiodateien kann man sich auf einen Rundgang an europäische Orte mitten im Berliner Kiez begeben. Für Herbst ist ein Kiezspaziergang in Präsenz geplant. Das „Blaue Band“ zeigt auf, dass Berlin wie keine andere Stadt eng mit der europäischen Einigung verbunden ist. Beide Angebote sind auf der EUB-Webseite unter <https://www.europa-union-berlin.de/aktivitaeten> zu finden.

Wir haben so viel Schwung aus unserer erfolgreichen Verfassungskampagne und der Europawoche mitgenommen, dass wir für die nächsten Monate voller Tatendrang und #JEFspirit sind!

Verantwortlich: Katharina Borngässer

Sachsen

Starkes Bekenntnis

Mit drei hochkarätigen Online-Bürgerdialogen in der Europawoche hat sich der Landesverband nach der Corona-Pause wieder in die europapolitische Diskussion eingebracht.

Am 3. Mai diskutierten wir mit Ministerpräsident Michael Kretschmer über die Lehren aus einem Jahr Pandemie für und in Europa. „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat trotz Grenzschließungen gut funktioniert“, so Kretschmer. Die Pandemie habe uns näher zusammengeführt, aber auch gezeigt, dass wir unser Gesundheitssystem besser auf künftige Pandemien vorbereiten müssen. Kretschmer interessierte sich daher sehr für die Forderungen der EUD, der europäischen Ebene mehr Kompetenzen zur Gesundheitspolitik zu geben.

Der Diskurs am 4. Mai mit Europaministerin Katja Meier stand unter dem Motto

„Die Zukunft Europas beginnt jetzt. Aber ist Europa in bester Verfassung?“ Meier lud zu einer intensiven Diskussion der europäischen Themen aus Bürgersicht bei der Zukunftskonferenz ein. Weiterer Gast war Prof. Dr. Armin von Bogdandy, Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht. „Ich sehe keine verfassungsrechtlichen Hindernisse, einen ausdrücklichen Bezug zur Europäischen Union in die sächsische Verfassung aufzunehmen. Es ist politisch sogar geboten.“

Am 5. Mai ging es um europäische Strukturfonds. Wirtschaftsminister Martin Dulig zeigte sich dankbar für 14 Mrd. Euro EU-Strukturhilfen, die Sachsen in den letzten Jahren erhalten habe. Dr. Katrin Leonhardt, Vorstandsvorsitzende der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank, zeigte die Vielfalt des „Fördergartens“ anhand geförderter Projekte auf. Auch wenn der neue Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) für 2021 bis 2027 mit 1.000 Mrd. Euro und der Wiederaufbaufonds

mit 750 Mrd. Euro dotiert seien, ergebe dies zusammen immer noch weniger als 2 Prozent der Summe der nationalen Budgets, stellte Constanze Krehl MdEP, Berichterstatterin zum MFR, klar. Aus unternehmerischer Perspektive unterstrichen Hans-Ulrich Werner (MAVEG mbH Chemnitz) und Gunter Erfurt (Meyer Burger GmbH Freiberg/Hohenstein-Ernstthal) den Nutzen und die Notwendigkeit der EU. Zur Aufzeichnung auf YouTube: <https://youtu.be/IbnqQhNQl6Y>

Traditionell in gemeinsamer Sitzung wählten JEF und Europa-Union ihre Vorstände neu. Zudem beschloss die digitale Landesversammlung am 18. Mai, in den Satzungen digitale Gremiensitzungen als Option zu verankern. Im neuen Landesvorstand der Europa-Union wirken Katharina Wolf (Landesvorsitzende), Sonja Ewerdt-Schlaak, Maria-Teresa Rölke (für die JEF) und Thomas Gneipelt (alle Stellvertreter) sowie Ronny Rammelt (Schatzmeister).

Verantwortlich: Katharina Wolf

Mecklenburg-Vorpommern

Online in Kontakt bleiben

Pandemiebedingt begannen auch wir Online-Meetings zur europäischen Problematik stärker als bisher zu nutzen. Wir mussten aber die Erfahrung machen, dass sich nur wenige Mitglieder an den Veranstaltungen beteiligten. Eine Umfrage ergab, dass die Mehrheit unserer Europafreunde dazu nicht über die technischen Voraussetzungen verfügte. So beschlossen wir, die regelmäßigen Informationshefte des Landesverbandes und seines Bildungsringes „Europa“ weiterzuentwickeln und den Mitgliedern besondere Fakten zur Information und für die Diskussion im kleinen Kreis zur Verfügung zu stellen. Dabei erwiesen sich Berichte über die Inhalte ausgewählter Online-Meetings als ein geeignetes Mittel.

Von Februar bis Juni haben wir sieben Meetings ausgewertet und ihre Haupt-

aussagen an die Mitglieder und andere Interessenten weitergereicht. Einige Schwerpunkte daraus:

Das Meeting „Europa neu denken – Ein Europa der Beschäftigten“ richtete den Fokus auf die europäische Sozialpolitik. Jan Stern als Vertreter des DGB und Delara Burkhardt MdEP betonten besonders, dass nun an die Seite der seit 2017 existierenden „Säule der sozialen Rechte“ ein „Aktionsplan“ zu ihrer Umsetzung in Arbeit ist, der europäische Rahmenbedingungen für die Entwicklung nationaler Tarifregelungen schaffen soll.

Mit Gesine Schwan, Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, diskutierten wir dann über „Soziale Ungleichheit heute“. Sie betonte, dass es nicht um bloße Umverteilungen in der Gesellschaft geht, sondern um die Entwicklung eines Wertgefüges, das die Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die ent-

sprechende Verwendung der öffentlicher Güter unter aktiver Bürgerbeteiligung ermöglicht.

Die Europa-Union Luxemburg widmete sich dem Problem „Next Generation EU – ein Meilenstein für die EU“. Hochrangige Vertreter der EU und aus Österreich diskutierten zu den Fragen der Zukunft und gingen davon aus, dass die kommenden Entwicklungen dann eine Erfolgsgeschichte werden, wenn die Menschen deutlicher erkennen, dass der europäische Mehrwert sich unmittelbar für sie bemerkbar macht.

Weitere Diskussionen richteten den Blick auf „Russlands Jugend, Russlands Zukunft. Generation Putin oder Protestjugend, zwischen Anpassung und Rebellion“ oder auf „Die EU-Außenpolitik zwischen China, Russland und den USA“. Den Abschluss bildete eine Veranstaltung zum 30. Jahrestag des Deutsch-Polnischen Vertrages von 1991.

Verantwortlich: Joachim Gasiecki

Hessen

Landesausschuss

Zum digitalen Landesausschuss kamen Vertreter der Kreis- und Ortsverbände zusammen, um über die Verbandsarbeit zu beraten. Landesvorsitzender Thomas Mann berichtete von der Konferenz zur Zukunft Europas sowie aus der Arbeitsgruppe Verbandsentwicklung. Im Landesverband wurden die Aktivitäten und Methoden der Kreisverbände mittels eines eigenen Fragebogens erfasst und ausgewertet. Berichte aus den Kreisverbänden zeigten ihr vielfältiges Engagement trotz pandemiebedingter Einschränkungen.

Zukunftskonferenz

Mit einer digitalen Auftaktveranstaltung gab der Landesverband den Startschuss für Bürgerforen zur Konferenz zur Zukunft Europas. Mitglieder und externe Multiplikatoren sowie Bürgerinnen und Bürger waren eingeladen, sich engagiert in drei thematische Diskussionsrunden einzubringen. Unter der Moderation von Hildegard Klär wurde das Thema „Europäische Demokratie“ besprochen. Ute Wiegand-Fleischhacker leitete die Gruppe „Klima und Umwelt“, während Thomas Mann den Bereich „Gesundheit“ verantwortete. Die Veranstaltung diente als Auftakt und Impulsgeber für weitere Formate auf Landes-, Kreis- und Ortsverbandsebene.

Wiesbaden-Rheingau-Taunus

Europabaum und Europahymne: Zur Europawoche wurde der Europa-Baum in der Landeshauptstadt festlich in den Europa-Farben blau und gelb geschmückt. „Wir danken der Stadt und dem Grünflächenamt dafür, dass sie diesen Baum als Zeichen des europäischen Zusammenhaltes und des Friedens so schön aufgewertet haben“, sagte Kreisvorsitzender Peter H. Niederelz. Grund zu Freude hatten die Europa-Union und ihr Vorsitzender auch, als am 9. Mai pünktlich um 11 Uhr von den Türmen der größten Kirche Wiesbadens, der Marktkirche, die Europahymne erklang. „Wir sind der Kirchengemeinde und Kantor Dr. Frank sehr dankbar dafür, dass sie uns diese Bitte erfüllen“, so Niederelz in seiner Ansprache.

Europastadt: Der Kreisverband hat seine Forderung erneuert, der Landeshauptstadt Wiesbaden die Ehrenbezeichnung „Europastadt“ zu verleihen.

Trauer um Ehrenbürger Hans-Joachim Jentsch: Der Kreisverband trauert um sein langjähriges Mitglied Prof. Hans-Joachim Jentsch. Er hat sich in besonderer Weise als Oberbürgermeister um die Landeshauptstadt Wiesbaden, als Landes- und Bundestagsabgeordneter, thüringischer Justizminister und Richter am Bundesverfassungsgericht um Land und Bund verdient gemacht.

Lahn-Dill

Europatag: Pandemiebedingt kontaktlos beging der Kreisverband den Europatag und setzte ein Zeichen für Völkerverständigung und die Werte der europäischen Gemeinschaft.

„Gerade im letzten Jahr mit dem endgültigen Ausscheiden Großbritanniens aus der EU, mit Grenzschießungen und Streitigkeiten um die Impfstoffbestellung wachsen Skepsis und Ressentiments an den politischen Rändern. Dem wollen wir entschieden entgegenreten und für Werte wie Freiheit, Vielfalt und europäischen Austausch werben“, erklärte Kreisvorsitzender Sven Ringsdorf, der sich freute, dass die Stadt Wetzlar und der Lahn-Dill-Kreis erneut als Kooperationspartner auftraten. „Für den Lahn-Dill-Kreis ist die EU auch wirtschaftlich von enormer Bedeutung“, bilanzier-

te Wolfram Dette, der die Ressorts Wirtschaft und Europa ehrenamtlich im Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises verantwortet. Dass dabei zahlreiche Freundschaften und soziale Verbindungen geknüpft werden, die „Europa“ im Kleinen erlebbar machen, konnte Karlheinz Kräuter berichten, der bereits seit über 30 Jahren als ehrenamtlicher Partnerschaftsdezernent der Stadt Wetzlar die Pflege und den Ausbau der Städtepartnerschaften vorantreibt.

Um 15 Uhr erklangen vom Turm des Wetzlarer Doms „Melodien aus Europa“, die mit Lautsprecheranlagen über die Dächer der Altstadt getragen wurden. Aus Fenstern und von Balkonen lauschten viele der Live-Musik. Frank Mignon und Anita Vidovic konnten für diesen besonderen Auftritt gewonnen werden. Für die beiden war der Auftritt in luftiger Höhe etwas ganz Besonderes. In der historischen Türmerstube hatten sie ihr Equipment aufgebaut und begeisterten mit einem bunten Mix aus europäischen Evergreens, poppigen Songs zum Mitsingen und Eurovision-Hits der letzten Jahrzehnte.

Flankiert wurde die musikalische Darbietung von einem Europaquiz rund um Wetzlars Partnerstädte, das in den Parkanlagen der Stadt stattfand, sowie mit einer Straßenmalaktion auf dem Eisenmarkt, die Spaziergänger einlud, mit Kreide die Flagge ihres europäischen Lieblingslandes aufzumalen.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf



In Wetzlar gab es zahlreiche Aktionen zum Europatag – alle coronagerecht mit Abstand, den auch die Organisatoren von Kreis, Stadt und Europa-Union vor dem Dom einhielten.
Foto: EUD Lahn-Dill

Schleswig-Holstein

Europe Direct

Ein starkes Signal für Europa in schwierigen Zeiten: Der Landesverband wird von der EU weiterhin als Europe Direct Zentrum anerkannt und 2021 bis 2025 entsprechend gefördert.

Bereits seit 2005 ist der Landesverband Träger des Europe Direct Kiel. Das Europe Direct verteilt Informationsmaterialien, beantwortet Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern und organisiert Veranstaltungen. Wir freuen uns sehr, weiterhin eines von 48 Europe Directs in Deutschland zu sein und diese Arbeit fortzuführen.

Vielfältiges Programm

Auch in diesem Jahr musste die Europawoche größtenteils im digitalen Raum stattfinden. Dies hat uns jedoch nicht davon abgehalten, ein vielfältiges Programm für Schleswig-Holstein zusammenzustellen. Gleich zu Beginn der Woche gab es ein Online-Escape Game. Dabei konnten rätselfreudige Teilnehmende zu Privatdetektivinnen und -detektiven werden und spannende Aufgaben rund um das Thema Europawoche lösen.

Weiter ging es mit zwei virtuellen Besuchen an Schulen in Bargteheide und Lübeck, mit denen wir Online-Planspiele zu den Themen europäische Erweiterung und Asyl- und Migrationspolitik durchgeführt haben. Nach einer thematischen Einführung und einem kurzen Kennenlernen per Videokonferenz bereiteten sich die Schülerinnen und Schüler in Breakout Räumen auf ihre Rolle als Staats- und Regierungschefinnen und -chefs bzw. Ministerinnen und Minister vor. Unter Anleitung eines Teams der JEF wurden im Anschluss Verhandlungen geführt und Resolutionen verabschiedet.

Als Nächstes stand ein internationales Online-Quiz auf dem Plan, das wir gemeinsam mit Partnerorganisationen aus Deutschland, Dänemark, Schweden und Polen durchgeführt haben. Teilnehmende



*Der European Green Deal – derzeit durch Lichtkunst am Berlaymont visualisiert – war Thema beim Bürgerdialog.
Foto: Lukasz Kobus/European Union 2021*

aus dem Ostseeraum beantworteten in lockerer Runde Fragen aus den Kategorien Geschichte und Geographie, grenzüberschreitende Beziehungen sowie Essen und Trinken. Dabei haben wir nicht nur interessante Fakten über unsere Nachbarstaaten kennengelernt, sondern auch herausgefunden, welche Gemeinsamkeiten uns verbinden.

Zum Europatag am 9. Mai startete dann eine Europa-Stadtrallye in Kiel. Gemeinsam mit der Stadt und dem Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein wurden die Themen Europa und Nachhaltigkeit in einer gut 90-minütigen Rallye durch die Kieler Innenstadt zusammengeführt. Die Teilnehmenden konnten dadurch den europäischen Gedanken und seine Verbindung zum Leben in Kiel sowie unsere Rolle als Europäerinnen und Europäer in der Welt spielerisch entdecken.

Deutsch-Skandinavischer Jugenddialog

Unter dem Motto „Young Europe – We have to talk! Perspectives for a sustainable Future of Europe“ diskutierten 85 junge Leute aus Deutschland und Skandinavien zum Thema Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz. Auf dem Podium am

31. Mai: Delara Burkhardt, Mitglied im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments und jüngste deutsche Europaabgeordnete, und Monika Skadborg, Vorsitzende des dänischen Jugendklimarates und Botschafterin des Europäischen Klimapaktes. Clara Föller, Bundesvorsitzende der JEF Deutschland, moderierte.

Die Diskutantinnen waren sich einig, dass es den European Green Deal ohne das Engagement junger Menschen so nicht gegeben hätte. Allerdings haperte es bei dessen Umsetzung. Die Teilnehmenden interessierten sich insbesondere für die soziale Dimension der Klimapolitik. Burkhardt und Skadborg betonten deshalb, dass die Klimakrise als systemische Krise behandelt werden müsse, der man ganzheitlich und intersektional begegnen müsse: Klima und Feminismus, Klima und Rassismus, Klima und Gesundheit sowie Klima und Gerechtigkeit müssten folglich zusammen gedacht werden. Der Bürgerdialog wurde in Kooperation mit den Bundesverbänden von EUD und JEF, dem Europe Direct Kiel und dem Schleswig-Holsteiner Ministerium für Justiz, Europa und Verbraucherschutz im Rahmen der Fehmarnbelt Days 2021 durchgeführt. Die Veranstaltung ist Teil der EUD-Bürgerdialogreihe „Europa – Wir müssen reden!“

Verantwortlich: Carina Strüh

Niedersachsen

Neu konstituiert

Vor kurzem hat sich die Europäische Bewegung Niedersachsen im Niedersächsischen Landtag förmlich als Verein neu gegründet. Bedingt durch die Corona-Pandemie war die Mitgliederversammlung mehrfach verschoben worden, nachdem es im Herbst 2019 zu einer ersten Zusammenkunft gekommen war. Bei dieser hatten die zahlreich anwesenden Vertreterinnen und Vertretern der proeuropäischen Landtagsfraktionen sowie von Vereinen und Verbänden die Wiederbelebung einer starken Europäischen Bewegung in Niedersachsen einhellig begrüßt. Zuvor hatte ein 1978 gegründetes Netzwerk von Vereinen und Verbänden aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, das sich für die Förderung des europäischen Gedankens in Niedersachsen und die Verständigung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern Europas in einer europäischen Zivilgesellschaft einsetzt, bestanden, war aber über einen langen Zeitraum inaktiv.

Zur neuen Präsidentin wurde die Vizepräsidentin des Niedersächsischen Landtages, Meta Janssen-Kucz, gewählt. Agnieszka Krawczyk-Balon (Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege) und Thorsten Bullerdiek (Sprecher des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes) sowie Harm Adam (Landesvorsitzender der Europa-Union) stehen Janssen-Kucz als Vizepräsidenten zur Seite. Weitere Präsidiumsmitglieder sind Cindy-Patricia Heine (Vorsitzende des Landeselternrates), Tobias von Gostomski (JEF), Gerhard Thiel (Europa-Union) und Uwe Grebe (Landesvorsitzender der Paneuropa-Union Niedersachsen). Das Präsidium wird durch den Geschäftsführer Bernd Wolf, dies in Personalunion mit der Geschäftsführung der Europa-Union, komplettiert.

Für eine öffentliche Präsenzveranstaltung im Herbst 2021 konnte seitens der neuen Präsidentin Janssen-Kucz bereits Europaministerin Birgit Honé gewonnen werden. Auch diese, so Janssen-Kucz, habe ein Interesse an einer aktiven Europäischen Bewegung, die unabhängig von den Institutionen der Landesregierung operiere und die europäische Integration in Niedersachsen

sowie die grenzüberschreitende Kooperation der europäischen Zivilgesellschaft fördere. Daneben werde es das Ziel des Netzwerks der Europäischen Bewegung Niedersachsen sein, seine Mitgliedsorganisationen in europäischen Informations-, Kooperations- und Bildungsaktivitäten zu unterstützen.

Bundesverdienstkreuz für Gerhard Thiel

Gerhard Thiel, stellvertretender Landesvorsitzender und Vorsitzender des Kreisverbands Diepholz, wurde am 19. Mai das Bundesverdienstkreuz im Kulturcafé der alten Posthalterei in Syke verliehen. Besonders ausdrücklich wurde sein europapolitisches Engagement gewürdigt. Seit vielen Jahren ist Thiel im Landesvorstand und auf Kreisebene aktiv und gehört zu den wichtigsten Impulsgebern des Verbandes.



Ausgezeichnet: Gerhard Thiel (M.) erhielt das Bundesverdienstkreuz von der Bürgermeisterin der Stadt Syke, Suse Laue, und Landrat Cord Bockhop.

Foto: Thiel

JEF

Blick auf ein spannendes Vorstandsjahr: Am 15. Mai hat die JEF Niedersachsen ihre Landesmitgliederversammlung abgehalten. Sie stand unter dem Motto „Unser Europa von morgen“ und fand vollständig digital statt. Dabei kamen rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammen, die den neuen Vorstand wählten und gemeinsam mehrere wichtige Anträge verabschiedeten. „Insbesondere der Leitantrag zeigt, wie wir uns das Europa von morgen vor-



Sonja Ebbing aus Oldenburg ist neue Landesvorsitzende der JEF. Foto: JEF Niedersachsen

stellen: grüner, sozialer und vor allem solidarischer“, so Sonja Ebbing, neu gewählte Vorsitzende des Vereins. „Wir glauben, dass mehr Europa die richtige Antwort auf viele gegenwärtige Herausforderungen ist. Auch institutionelle Veränderungen in der EU müssen darum thematisiert werden.“

Dafür sei auch die Konferenz zur Zukunft Europas ein wichtiger Ort, ergänzt Henrike Gudat, im Vorstand zuständig für den Bereich Programmatik. Aus diesem Grund wolle die JEF sich dort so aktiv wie möglich einbringen. Neben der Konferenz wird außerdem die diesjährige Bundestagswahl den neuen 10-köpfigen Vorstand beschäftigen. Aus Sicht der JEF müssen auch dort europäische Themen eine größere Rolle spielen.

Neben der neuen Vorsitzenden Sonja Ebbing gehören dem geschäftsführenden Vorstand die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Julia Schmelter und Marie Malik sowie der neue Schatzmeister Jan Hörnschemeyer an. Den Vorstand komplettieren die Beisitzerinnen bzw. Beisitzer Benedikt Spendel, Florian Rahn, Henrike Gudat, Jan-Maris Schleyerbach, Lukas Schöttler und Thore Brandes.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel

Rheinland-Pfalz

Wussten Sie eigentlich, ...

... welche Parlamentarier aus Rheinland-Pfalz im Europäischen Parlament sitzen? Auch wir haben kürzlich im Kontext der Europa-Union wieder darüber nachgedacht. Zu unserer Freude haben wir festgestellt, dass gleich fünf der insgesamt sechs rheinland-pfälzischen Abgeordneten Mitglied der Europa-Union sind. Diese würden wir Ihnen gerne kurz vorstellen.

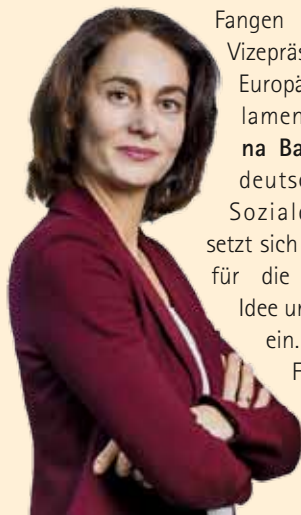


Foto: Katarina Barley / www.katarina-barley.de

Fangen wir mit der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, **Katarina Barley**, an. Die deutsch-britische Sozialdemokratin setzt sich mit Herzblut für die europäische Idee und ihre Werte ein. Ein Teil ihrer Familie lebt in Schottland, was eine interkulturelle Prägung für sie mit sich

bringt. Engagiert prangert die Parlamentarierin auf Twitter besorgniserregende Fehlentwicklungen an, beispielsweise als das polnische Verfassungsgericht eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte für nicht existent erklärte. Barley hat Rechtswissenschaften studiert und in ihrer Studienzeit auch ein Austauschstudium an der Université Paris XI absolviert. Außer Deutsch und Englisch spricht sie fließend Französisch. Wir freuen uns, dass Katharina Barley seit acht Jahren unser Mitglied im Kreisverband Trier ist.

Die approbierte Apothekerin **Jutta Paulus** ist unter den Abgeordneten aus Rheinland-Pfalz seit 2019 das jüngste Mitglied der Europa-Union. Als Mitglied von Bündnis90/DIE GRÜNEN gehört sie im Europaparlament der Fraktion der Europäischen Freien Alli-

anz an. Besonders setzt sich Paulus Umweltschutz Energiewende Im Ausschuss für Umweltfragen, öffent-



Foto: Paulus / europarl.europa.eu

liche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ist sie aktiv.

Norbert Neuser ist Diplom-Pädagoge, Leiter der Regionalen Schule Boppard und Sozialdemokrat. Seit 2009 ist er Mitglied der Europa-Union im Kreisverband Trier. Als Schulleiter und Lehrer sind ihm besonders die Angelegenheiten junger Menschen wichtig. In zahlreichen Initiativen im Jugendaustausch mit osteuropäischen Jugendorganisationen setzt er sich für die Belange junger Osteuropäer ein. Außerdem ist er Vorsitzender der Stiftung „Kick for Help“, die benachteiligte Kinder, Jugendliche, aber auch Erwachsene besonders aus Entwicklungsländern durch sportliche Aktivitäten fördert.



Foto: norbert-neuser.de/presse

Der Christdemokrat **Ralf Seekatz** ist als Diplom-Verwaltungswirt im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments aktiv. Bis 2019 war er Mitglied des Landtags Rheinland-Pfalz und dort Europasprecher der CDU-Fraktion. Seekatz ist stellvertretender Vorsitzender der CSU-Gruppe in der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP). Seit 2017 verstärkt er die Reihen der Europa-Union im Kreisverband Westertal.



Foto: ralf-seekatz.eu

stark für den und die ein.

Last but not least freuen wir uns, ein besonders langjähriges Mitglied vorzustellen. Die Christdemokratin **Christine Schneider** ist seit ihrem 14. Lebensjahr Mitglied der Europa-Union. Seit 1992 bereichert sie den Kreisverband Südpfalz mit ihrem Spitzenengagement. Von Beruf ist Schneider Tischlerin und hat Holztechnik studiert. Von Handwerk und Landwirtschaft versteht sie ausgesprochen viel. Ihre Erfahrungen und ihr Wissen bringt sie im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung ein. Kompetent und zielstrebig setzt sich auch im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter ein.



Foto: christine-schneider.de

Vergangenes Jahr durften wir Christine Schneider in den Vorstand der Europa-Union Rheinland-Pfalz kooperieren. Seitdem erfreuen wir uns an einem regen Austausch und einer grandiosen Zusammenarbeit mit ihr.

Verantwortlich: Esther Pasternak



Baden-Württemberg

Europa ist stark vertreten

Die Europa-Union, die Jungen Europäer – JEF und das Landeskomitee der Europäischen Bewegung Baden-Württemberg sind erneut im Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung erwähnt. Die neue Landesregierung will damit ihre Zusammenarbeit mit den Europavereinigungen fortsetzen und dazu beitragen, dass der Europagedanke im Land weiter verankert bleibt. Der Landesverband begrüßt dies und wird sich aktiv einbringen. Ein wichtiges Thema wird die Begleitung der Konferenz zur Zukunft Europas im und durch das Land sein.

Rund die Hälfte der Kabinettsmitglieder sind Mitglied der Europa-Union. Neben Ministerpräsident Winfried Kretschmann und dessen Stellvertreter Innenminister Thomas Strobl sind dies weitere fünf Ministerinnen und Minister. Ebenfalls fünf Mitgliedschaften gibt es unter den Staatssekretärinnen und Staatssekretären. Landtagspräsidentin Muhterem Aras und ihr Stellvertreter Prof. Dr. Wolfgang Reinhart halten darüber hinaus die europäischen Farben im Landtagspräsidium hoch.

Dem Landesverband ist aber auch die Zusammenarbeit mit den beiden anderen proeuropäischen Parteien im Landtag, SPD und FDP, wichtig, denn es gilt, den proeuropäischen Konsens und die konstruktive Diskussion über die Zukunft Europas im Land zu befördern.

China im Blick

Mit drei Ausgaben von Europa-Café online setzte der Landesverband seine Veranstaltungsreihe zum Thema „EU und China“ fort. Die Rolle von Technologie für die EU-China-Partnerschaft stand im Mittelpunkt des Vortrags von Florian von Tucher, Vorstandsvorsitzender der M & P Group und der EU Tech Chamber (EUTEC). Es moderierte Dr. Halit Ünver, Kreisvorsitzender der Europa-Union Donau-Ries. Tobias

Ketterer, Politik-Koordinator in der Abteilung Strategische Fragen der Außenpolitik des Generalsekretariats der Europäischen Kommission, nahm das Thema „EU-China-USA: Welche Strategie hat die EU in diesem Dreieck?“ in den Blick. Bernd Weber, Vertreter des Landes Baden-Württemberg in China und Repräsentant von Baden-Württemberg International, berichtete über die aktuelle Situation in China und die Perspektiven für das Land.

Europa-Aktionstag

Der Europa-Aktionstag des Landes fand 2021 pandemiebedingt virtuell statt. Eröffnet wurde er mit einem informativen Vortrag zum Thema „Junge Europäer bauen Rheinbrücken“ von Jakob Rauschert, Landesvorsitzender der Jungen Europäer – JEF BW, und Clément Maury, Vizepräsident der JE Strasbourg. Sie stellten die Arbeit des Trinationalen Rates der JEF Oberrhein vor. Am Abend gab es ein virtuelles europäisches Pub-Quiz.

Zukunftskonferenz

Der Landesverband hat eine Arbeitsgruppe zur Zukunftskonferenz eingerichtet. Sie wird den Prozess auf Landesebene begleiten, Konzepte zur Öffentlichkeitsarbeit und für Veranstaltungen erarbeiten und politische Positionierungen formulieren. Zum Auftakt der Zukunftskonferenz am 9. Mai initiierte die AG einen landesweiten Aufruf der Europavereinigungen zur Beteiligung an der Konferenz, der an alle Landräte und Oberbürgermeister im Land verschickt wurde.

Junge Europäer – JEF

Europas Hauptschlagader: Die JEF Oberrhein veranstaltete eine trinationale Online-Diskussion zu den Herausforderungen für den Güterverkehr auf Schiene, Straße und Wasser in der Oberrheinregion. Es diskutierten Sabine Hartmann-Müller MdL (CDU, Baden-Württemberg), Gerhard Zickenheiner MdB (Grüne, Baden-Württemberg), Nationalrat Jon Pult (SP, Graubünden) und Norbert Kriedel, Zentralkommission für die Rheinschifffahrt.

Junges Europäisches Parlament: Die JEF Heidelberg-Mannheim organisierte pandemiebedingt online eine neue Ausgabe des Jungen Europäischen Parlaments. Die Schülerinnen und Schüler schlüpften in die Rolle von Europaabgeordneten und diskutierten zum Thema Plastikverbrauch in der EU.

Heilbronn

Virtueller Treffpunkt Europa: Der Kreisverband und seine Partnervereine luden diesmal im Netz zum „Treffpunkt Europa“. Mit dem Konferenz-Tool wonder.me wurde der Kiliansplatz virtuell nachgestellt. Das Bühnenprogramm mit insgesamt 14 Kurzreferaten wurde über die bewährte GoToMeeting-Plattform aufgeführt. Nach der Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden Heinrich Kümmerle sprachen der stellvertretende Landesvorsitzende Florian Ziegenbalg und Michael Georg Link MdB, Mitglied des Kreisvorstands. Vorsitzende unserer Partnervereine sowie die weiteren Vorstandsmitglieder Dr. Vassilios Vadokas, Heinrich Krayl und Franz Schirm gingen auf die Notwendigkeit eines Treffpunkts Europa für Heilbronn und seine Bürger ein.

Stuttgart

Menschenrechte im Fokus: In einer gemeinsamen Online-Diskussion widmeten sich die Jungen Europäer – JEF und die Europa-Union Stuttgart dem Thema Menschenrechte. Die Bundestagsabgeordnete Renata Alt gab dazu einen Einblick aus parlamentarischer Sicht.

Trauer um Siegbert Alber: Die Europa-Union trauert um ihr langjähriges Mitglied Siegbert Alber. Alber verstarb im Alter von 84 Jahren in Stuttgart. Seit der ersten Direktwahl gehörte er als Abgeordneter dem Europäischen Parlament an, von 1984 bis 1992 war er Vizepräsident. 1997 wechselte er als Generalanwalt an den Europäischen Gerichtshof (bis 2003). Er war ein überzeugter Europäer, der auch nach seiner aktiven Zeit immer im Kontakt mit Europa-Union und JEF blieb. Wir werden ihn in dankbarer Erinnerung behalten. Seiner Familie gilt unser tiefes Beileid.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Nordrhein-Westfalen

Langer Atem statt Kurzstrecke

Wenn es nach der Europa-Union NRW geht, soll die Diskussion über die Zukunft Europas bis zur Europa-Wahl 2024 geführt werden und nicht nur auf einer einjährigen „Kurzstrecke“ als atemraubender Sprint. Dies ist das Ergebnis des Landesausschusses, der jüngst vom Landesvorsitzenden Peter Wahl einberufen wurde. EUD-Vizepräsident Thomas Mann stellte den online zugeschalteten Delegierten die Sichtweise der Europa-Union auf die Konferenz für die Zukunft Europas vor. Er forderte in der europaweiten Diskussion keine Begrenzung der Themen und durchaus auch kritische Anmerkungen zur bisherigen Entwicklung der Union.



Foto: Europa-Union NRW

Die stellvertretende Landesvorsitzende Gabriele Tetzner, die im Landesvorstand den Arbeitskreis Inhalte leitet, stellte den „nordrhein-westfälischen Weg für ein zukunftsfähiges Europa“ vor. Dieser versteht sich als ein vom Landesverband initiiertes, innovatives Gemeinschaftsprojekt der europapolitisch engagierten Zivilgesellschaft.

Auf zwei getrennt laufenden, aber auch miteinander verwobenen Wegen soll das Projekt jetzt Fahrt aufnehmen. Einerseits sollen die vorgegebenen Schwerpunkte der Konferenz über die Zukunft Europas vor dem Hintergrund der Interessen des Landes und der Zielsetzungen des eigenen Verbandes möglichst vielen Menschen in NRW verdeutlicht werden. Dabei wird der Landesverband auf die Unterstützung seiner Kreisverbände zurückgreifen, die inzwischen Erfahrungen sowohl mit digitalen wie auch mit kleinteiligen Veranstaltungsformaten haben. Ein Inputseminar bezogen auf die aktuelle Thematik soll auf diesem ersten Weg Multiplikatoren



Große Erwartungen: Eröffnung der Konferenz zur Zukunft Europas am 9. Mai

Foto: Europäische Union 2021-EP/Christian Creutz

mit Methoden und Arbeitsprinzipien des Projektes vertraut machen. Ziel dabei ist es, notwendig werdende Transformationsprozesse zu verstehen und Varianten der Zukunft denken zu lernen.

Neben dieser Informationsphase strebt die Projektgruppe den Aufbau einer kleinen Forschungsgruppe, eines Netzwerkes von Kooperationspartnern und externen wissenschaftlichen Beratern an, um anhand von ausgewählten Beispielen in einem „Reallabor“ Kriterien der Zukunftsfähigkeit auf die Realisierbarkeit in gewünschten Reformprozessen zu durchdenken.

Die Auftaktveranstaltung des auch vom Land NRW geförderten Projektes „Zukunft Europas. Auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen EU“ fand am 30. Juni online statt. Mit dabei waren EUD-Vizepräsidentin Gabriele Bischoff MdEP, Politikwissenschaftlerin Minna Ålander von der Stiftung Wissenschaft und Politik/Forschungsgruppe EU, der ehemalige Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen Karl-Heinz Lambertz und die Präsidentin von JEF Europe Leonie Martin. Moderiert hat die Journalistin Teresa Stiens.

Die Erwartungshaltung der nordrhein-westfälischen Kreisverbände an die Kon-

ferenz zur Zukunft Europas wird auch in den bereits in Bonn, Monheim, Steinfurt und anderswo dazu gestarteten Veranstaltungen deutlich. In Monheim stellte man bereits im Januar 2021 die Frage „Quo vadis Europa?“ und rückte vor allem die Rechtsstaatlichkeit der EU in den Vordergrund. Im März diskutierte der Kreisverband mit Marco Schwarz, Projektmanager der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel, die „demokratische Legitimation“ in Europa und stellte zugleich konkrete Anträge an die Konferenz zur Zukunft Europas. Die zeitliche Verlängerung der Konferenz, deren Organisation und der Rechtsstaatsmechanismus stehen darin im Mittelpunkt. Im Mai diskutierten die Monheimer über „Europa im Spannungsfeld der Weltmächte“. In Bonn diskutierte der Kreisverband in Workshops über „Demokratie in Europa“, „Klimawandel und Umwelt“, „Bildung, Kultur, Jugend & Sport“ und eröffnete gemeinsam mit dem Europaminister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner die „Bürgerdebatte in Nordrhein-Westfalen zur Zukunft der EU“. Und die EUD-Steinfurt griff gemeinsam mit dem dortigen Europe Direct Ende Juni den „Ärger der Bürger über die EU“ auf, um daraus Forderungen für die Zukunft Europas zu entwickeln.

Verantwortlich: Bernd Weber

Saarland

Für ein echtes europäisches Wahlrecht!

Beim „Online-Meeting mit Europa“ ging es am 18. Juni um das Thema „Europa anders wählen – europäisch wählen! Warum wir ein echtes europäisches Wahlrecht mit transnationalen Listen brauchen“. Die einzige saarländische Europaabgeordnete Manuela Ripa und der Europarechtler Sebastian Zeitmann diskutierten mit der Landesvorsitzenden Margriet Zieder-Ripplinger.

Nach Grenzschießungen zu Frankreich und Luxemburg 2020 und Einreisebeschränkungen 2021, die ein grenzüberschreitendes europäisches Leben in der Region stark erschwerten, sieht der Landesverband Handlungsbedarf: Damit vor allem Grenzregionen mit ihren besonderen Eigenschaften und Interessen künftig stärker über ihr eigenes Schicksal entscheiden können, müssen sie durch gemeinsame Abgeordnete in Brüssel und Straßburg vertreten sein.

Es herrschte Einigkeit über die Notwendigkeit transnationaler Listen. Schon bei der Wahlrechtsreform 2018 wurden sie gefordert, so Manuela Ripa, doch konnte man sich im Europäischen Parlament nicht darauf einigen. Der Europäische Ministerrat habe den Entwurf weiter geschliffen, so dass viele der Vorschläge, etwa Geschlechtergerechtigkeit auf den Listen, ein europäischer Wahlkreis oder eine europäische Wahlbehörde, nicht zum Zuge kamen. Aktuell sei erneut ein Entwurf zur Wahlrechtsreform auf dem Tisch, berichtete Ripa, der neben den Inhalten von 2018 auch einen europäischen Wahltag am 9. Mai vorschlägt. 2023 könne das neue europäische Wahlrechtsgesetz in Kraft treten. „Danach müssten alle Mitgliedstaaten ihre Wahlrechtssysteme auf Grundlage dieses europarechtlichen Grundbeschlusses anpassen“, verdeutlichte Sebastian Zeitmann die gesetzgeberische Herausforderung.

Nach der Vorstellung von Margriet Zieder-Ripplinger sollten Grenzregionen

voranschreiten, um transnationale Listen auf den Weg zu bringen. Manuela Ripa appelliert an die Zivilgesellschaft der Grenzregionen, bei ihren MdEPs, bei Landes- und Regionalregierungen und nationalen Ministerinnen und Ministern im Rat der EU dafür zu werben: „Der politische Wille ist das Entscheidende“, betonte Ripa und empfahl: „Beteiligen Sie sich an der Konferenz zu Zukunft Europas, jede Stimme ist wichtig und sollte gehört werden.“

Europa verstehen lernen

Europa im Unterricht pflegen und fördern: Darum ging es im Frühjahr bei der Web-Konferenz „Europa in der Schule“ des Landesinstituts für Pädagogik und Medien. Vor 28 Lehrkräften präsentierte Frank Fried von Europe Direct Saarbrücken sechs Module, mit denen das Thema Europa in den Lehrplänen schülergerecht und aktiv umgesetzt werden kann.

Passend zum Trend zum digitalisierten Unterricht wurden zahlreiche Online-Angebote vorgestellt. So bietet das Europäische Parlament Online-Präsentationen und Jugendseminare für unterschiedliche Altersgruppen an. Zudem gibt es das neue Online-Format „EP-Gespräch“, eine Reihe von Podcasts von Europaabgeordneten zu aktuellen EU-Themen. Ähnliche Online-Angebote halten auch die EU-Kommission und der Ausschuss der Regionen auf Anfrage bereit. In der „EU-Lernecke“ (europa.eu/learning-corner/home_de) können Kinder und Jugendliche mehr über die EU erfahren, ihr Wissen testen, spielen und Rätsel raten. Bürger Europas e.V. bietet auf european-online-learning.de ein europaweit einmaliges Online-Schulklassenduell rund um Europa und die EU namens „That's eUrope“.

Am 7. Mai fanden dann die „Europa-Klassen“ statt. Jugendliche eines Gymnasiums und einer Berufsschule diskutierten mit Landtagsabgeordneten unter dem Motto „Europa startet durch! – Meine Ideen, meine Zukunft“ über die Zukunft Europas und der grenzüberschreitenden Großregion. Die Schülerinnen und Schü-



EuropaUnion
Deutschland

Impressum

3/2021

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 6201 30, Fax: (030) 303 6201 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Kathrin Finke (v.i.S.d.P.)
Birgit Kößling

Redaktionsanschrift:

Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 6201 30
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30.7.2021
Annahmetermin für Ausgabe 4/2021: 10.9.2021
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (01 75) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>

ler konnten den Abgeordneten in kleinen Gesprächsrunden Fragen zur Zukunft Europas und der Großregion stellen. Ziel war es, die Stimme der Jugendlichen zu stärken. Wichtige Themen waren dabei Umwelt- und Klimaschutz, die politische Teilhabe von jungen Menschen, Digitalisierung in Schulen, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

Verantwortlich: Jonas Heintz

Im Zeichen der Zukunftskonferenz UEF-Kongress 2021

Der Kongress der Union Europäischer Föderalisten (UEF) im spanischen Valencia tagte unter dem Motto „Our Federal Europe – sovereign and democratic“. Er stand inhaltlich ganz im Zeichen der Konferenz zur Zukunft Europas. Hierzu gab es eine Podiumsdiskussion, an der u. a. Guy Verhofstadt MdEP, Co-Vorsitzender des Exekutivausschusses der Konferenz, teilnahm. Zur Zukunftskonferenz

wurde auch ein (Leit-)Antrag verabschiedet. Gefeierte wurden außerdem das 75-jährige Jubiläum unseres Dachverbandes und das 80-jährige Jubiläum des Manifests von Ventotene. Bei einer vorgeschalteten Veranstaltung im historischen Sitz der Universität von Valencia diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der spanischen Regierung, der Regionalregierung von Valencia, der Stadt Valencia und

Mitglieder des Europäischen Parlaments aller proeuropäischen Fraktionen über die Erwartungen an die Konferenz zur Zukunft Europas.

Zu Beginn des Kongresses, der als hybride Tagung vor Ort und online stattfand, wurde eine neue Satzung fast einstimmig ver-

abschiedet. Wesentliche Änderungen sind die Wahl des gesamten Vorstands vom Kongress (und nicht mehr vom Federal Committee/dt. Bundeskomitee), eine Verkleinerung des Kongresses und des Federal Committee sowie eine Klarstellung der Verantwortlichkeiten und Entscheidungsstrukturen im Vorstand.

Die UEF stellte sich auch personell neu auf. Bei den Vorstandswahlen wurde der bisherige Präsident Sandro Gozi MdEP (Italien) im Amt bestätigt. Zu Vizepräsidenten wählte der Kongress Domènec Ruiz Devesa MdEP (Spanien), Markus Ferber MdEP (Augsburg) und Luisa Trumellini (Italien). Generalsekretärin bleibt Anna Echterhoff (Saarbrücken), neuer Schatzmeister ist Dominique Ostin (Belgien).

Zu weiteren Vorstandsmitgliedern wurden aus Deutschland erneut Wolfgang Wettach (Tübingen) und neu Birgit Wille (Lübeck) gewählt. Dem neuen Vorstand gehören darüber hinaus an: Raphaël Bez (Schweiz), Daniel Gerer (Österreich), Daphne Gogou (Griechenland), François Mennerat (Frankreich), Eszter Nagy (Ungarn), Giulia Rossolillo (Italien) und Laura Tatarélyte (Litauen).

Nach der neuen Satzung wurden erstmals nur noch 11 Mitglieder des Federal Committee (FC) direkt gewählt, darunter von der Europa-Union Julian Plottka, der auch künftig dem Präsidium des FC angehört, und Florian Ziegenbalg. Der Großteil des FC besteht nun ähnlich wie beim EUD-Bundesausschuss aus Delegierten der nationalen Sektionen. Die Europa-Union kann nach aktueller Berechnung 22 FC-Delegierte entsenden.

Der Kongress verabschiedete zudem Resolutionen zur EU-Bildung, zu einer EU-Digitalabgabe, zur Außen- und Sicherheitspolitik, zum Thema Schengen und Migration sowie zur EU-Strategie für das östliche Mittelmeer.

Weitere Informationen zum Kongress unter: <https://www.federalists.eu/uef/structure/congress>

Florian Ziegenbalg



Sehenswert: Die „Stadt der Künste und Wissenschaften“ in Valencia
Beide Fotos: Larissa Montag/EUD



Reizvolle Umgebung: Der UEF-Kongress tagte im Botanischen Garten von Valencia. 13 Delegierte der EUD waren vor Ort dabei, die anderen Delegationsmitglieder nahmen online teil.